

Redetext Uwe Rüdtenklau – 20.3.2024 Familienausschuss (max. 5min)

Sehr geehrte Vorsitzende(r), sehr geehrte Mitglieder des Familienausschusses, sehr geehrte Zuhörer: innen,

ich bedanke mich für die Einladung zum Fachgespräch zum Thema „Verschickungskinder“. Ich heiße Uwe Rüdtenklau, bin 1. Vorsitzender des Vereins auf Bundesebene „Initiative Verschickungskinder e.V.“, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder (30, 17Jahre). Ich habe an der Universität der Bundeswehr München studiert und bin jetzt als Diplom Ingenieur bei einer internationalen Halbleiterfirma im Bereich Public Policy tätig. Ich wurde 1970, aus einer sehr behüteten drei Generationenfamilie in NORDHESSEN nach Borkum in NIEDERSACHSEN verschickt. Dies war für 6 Wochen im Alter von 6 Jahren, ABER ohne Kontakt zu meinen Eltern. Die Ausnahme war der Briefkontakt, aber mit „abgefangenen“ Briefen, d.h. sie wurden mir nur teilweise vorgelesen oder mit „vorgedruckten“ Text an meine Eltern gesandt – man muss wissen, ich konnte weder lesen noch schreiben. Einfach schrecklich! ...und jetzt wohne ich in BAYERN, nördlich von München. Mit meinem Bezug von DREI-Bundesländern, bin ich ein sehr gutes Beispiel dafür, warum eine BUNDESWEITE Aufarbeitung der Verschickungskinder notwendig ist. Ich habe schwierige und belastende Erinnerungen. Meine Eltern fragten mich nach Rückkehr aus Borkum „Mein Junge, wie war´s“? Meine karge Antwort: „Ich dachte ihr hättet mich VERKAUFT!“ Das sagt wohl alles über das Gefühl eines 6-jährigen Kindes!

Unser ANLIEGEN heute ist, dass wir auf dem positiven Feedback des Fachgespräches am 22.Februar mit Vertreter: innen der Koalitionsparteien aufbauen, und SIE für das Thema „Verschickungskinder“ gewinnen. Die Informationen meiner Vorredner: innen zeigen Ihnen, dass diese Aufgabe „Ehrenamtlich“ auf Bundesebene NICHT zu bewältigen ist! Geschweige, die notwendige Zeit von vielen von uns als „Erwerbstätige“ zur Verfügung steht, um dieses wichtige Kapitel „Deutscher Geschichte“ entsprechend aufzuarbeiten.

Was WOLLEN wir? Als wir anfangen, waren wir voller Optimismus, dass die Bundesregierung sich unserer Anliegen zügig annehmen würde. Denn wir brauchen ja nicht viel, trotz der Millionen Betroffener. Nach langem Warten auf Termine und Hin- und Herschieben der Zuständigkeit zwischen Gesundheits- und Familienministerium wurde uns dann am 7.Juli2022 eröffnet: Die Bundesregierung ist NICHT zuständig, fühlt sich NICHT verantwortlich und wird sich mit unserem Thema nicht weiter befassen. Das war die Reaktion der Verwaltung, und sie war eindeutig – für uns ein Schlag ins Gesicht, eine erneute Demütigung, **so als ob man uns wieder nicht glaubt, so wie damals als Kinder.**

Deshalb sind wir HEUTE hier: Wir sind sehr dankbar, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestags unser Anliegen ernst nehmen. Dass Sie bereit sind, uns heute anzuhören. Dass Sie bereit sind, sich dieser Verantwortung zu stellen und Schritte zu gehen, damit dieses traurige Kapitel aufgearbeitet wird. Es geht ja nicht nur um uns und die Millionen ehemaligen Verschickungskinder. Es geht am Ende darum, welchen Umgang unsere Gesellschaft mit Kindern, mit Schutzbedürftigen hat und welche Sorgfalt sie aufwendet, damit sie keinen Schaden nehmen durch Maßnahmen, die auch durch

Bundesgesetze finanziert wurden. Wenn Kinder missbraucht werden, dann geht das alle an!

Unsere Hoffnung ist heute, Sie für unsere Anliegen zu gewinnen. Trotz der großen Zahlen an Betroffenen brauchen wir nicht viel, um die Aufarbeitung weiter voranzubringen, denn das meiste wollen wir ja selbst leisten.

Was wir aber dringend benötigen, ist: **Die Einrichtung und Finanzierung einer zentralen Anlaufstelle auf Bundesebene.** Es geht uns **NICHT um eine Opferentschädigung jedes Einzelnen auf Bundesebene**, sondern die Aufarbeitung der Geschichte der Verschickungskinder mit uns und u.a. auch durch uns – **Stichwort Bürgerforschung!**

Die zentrale Anlaufstelle muss auf Bundesebene arbeiten, denn auf dieser Ebene benötigen die meisten Betroffenen eine erste Hilfe. Sie hat diverse **Aufgaben** und benötigt Fachpersonal. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

- *Eine Anlaufstelle* für Betroffene, Information und Vernetzung, sowie psychosoziale Hilfsangebote.
- Ein Dokumentationszentrum für unsere Forschungsergebnisse und Materialien (auch digitaler Form).
- (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Organisation unserer Veranstaltungen und Kongresse.
- Unterstützung der Forschungsvorhaben unserer vielen Bürgerforschungs-Gruppen, z.B. Heimortgruppen, in denen Menschen aus der ganzen Bundesrepublik zusammenarbeiten, um die Geschehnisse in „ihrem“ Verschickungsheim aufzuklären)

Eine wesentliche Idee ist, die auf dem Erfahrungsschatz der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven basiert, **MÖGLICHST** eine ANBINDUNG der zentralen Anlaufstelle auf Bundesebene an **VORHANDENE** Strukturen, Räumlichkeiten und ggf. auch Personal des Bundes zu schaffen. Dies verringert einerseits die **KOSTEN** und schafft andererseits, die Möglichkeit einer raschen **UMSETZUNG**, was für uns als Betroffene wichtig ist!

Daher unser Appell an Sie als Mitglieder des Familienausschusses, unser Anliegen zu unterstützen und sich dafür bei der Bundesregierung einzusetzen.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder des Familienausschusses, natürlich werden Sie fragen, was kann das kosten.

Eine „Hausnummer“ der Kosten, liegt im Bereich von ca. fünfhundert Tausend bis eine Million EURO im ersten Jahr, anhängig vom Aufbau der zentralen Anlaufstelle mit Personal und zugehörigen Tätigkeiten. Laufende Kosten können deutlich verringert werden, wie ausgeführt.

Durch so eine überschaubare Summe wäre die Möglichkeit gegeben, mit Verantwortung und Anstand auf das Leid von Millionen Verschickungskindern zu reagieren und gleichzeitig ein Zeichen zu setzen, für die Wahrung von Kinderrechten heute.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen.

Initiative Verschickungskinder e.V.